



Brüssel, den 23. Februar 2024
(OR. en)

6998/24

POLCOM 71
COMER 38
WTO 26
DELECT 28

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	22. Februar 2024
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	C(2024) 1056 final
Betr.:	DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION vom 22.2.2024 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/196 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2018 über zusätzliche Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument C(2024) 1056 final.

Anl.: C(2024) 1056 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 22.2.2024
C(2024) 1056 final

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom 22.2.2024

zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/196 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2018 über zusätzliche Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika

BEGRÜNDUNG

1. KONTEXT DES DELEGIERTEN RECHTSAKTS

Mit dieser Delegierten Verordnung der Kommission soll die jährliche Anpassung des Umfangs der Vergeltungsmaßnahmen erfolgen, die im Streitbeilegungsverfahren der WTO betreffend das aus dem Jahr 2000 stammende US-amerikanische Gesetz über Ausgleichszahlungen für anhaltende Dumping- und Subventionspraktiken (Continued Dumping and Subsidy Offset Act – „CDSOA“, auch „Byrd Amendment“ genannt) Anwendung finden.

Nach dem CDSOA sind die im vorhergehenden Haushaltsjahr erhobenen Antidumping- und Ausgleichszölle jährlich an US-amerikanische Unternehmen zu verteilen. Im Januar 2003 wurde das CDSOA für mit den WTO-Verpflichtungen der USA unvereinbar befunden.

Da die USA ihre Rechtsvorschriften nicht an ihre aus den WTO-Übereinkommen erwachsenen Verpflichtungen anpassten, wurde es der EU gestattet, über die gebundenen Zölle hinausgehende zusätzliche Einfuhrzölle auf bestimmte Waren mit Ursprung in den USA zu erheben, deren Gesamthandelswert auf ein Jahr gerechnet 72 % der CDSOA-Auszahlungen von auf Waren mit Ursprung in der EU erhobenen Einfuhrzöllen nicht überschreitet; dazu werden die Zahlen des letzten Jahres, für das Daten vorliegen, herangezogen. Seit dem 1. Mai 2005 erhebt die EU jährlich einen zusätzlichen Wertzoll auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten; die Anpassung der Vergeltungsmaßnahmen richtet sich dabei proportional nach dem Betrag der auf EU-Waren erhobenen Zölle, die bei der letzten Verteilung ausgezahlt wurden.¹

Angesichts der großen Zahl von Änderungen der ursprünglichen Rechtsgrundlage (d. h. der Verordnung (EG) Nr. 673/2005 des Rates) durch delegierte Rechtsakte wurde im Februar 2018 eine Kodifizierung vorgenommen. Am 7. Februar 2018 erließen das Europäische Parlament und der Rat eine kodifizierte Fassung der Rechtsgrundlage, die Verordnung (EU) 2018/196.

Bei Anwendung der vorgeschriebenen Formel auf die jüngsten CDSOA-Auszahlungen von Antidumping- und Ausgleichszöllen, die im Haushaltsjahr 2023 (1. Oktober 2022 bis 30. September 2023) erhoben wurden, würde sich der Umfang der ab dem 1. Mai 2024 geltenden Vergeltungsmaßnahmen auf 34,98 USD belaufen. Der Umfang der Vergeltungsmaßnahmen (34,98 USD) fällt geringer aus als der Umfang der seit 1. Mai 2023 geltenden Vergeltungsmaßnahmen (317 877,22 USD).

Der Umfang der Vergeltungsmaßnahmen, der sich aus im Haushaltsjahr 2023 getätigten Auszahlungen ergibt, ist vernachlässigbar. Demnach unterlägen Zuckermais, Fassungen für Brillen, Kranwagen (Autokrane) und bestimmte Damen- bzw. Mädchenkleidungsstücke aus Denim mit Ursprung in den USA ab dem 1. Mai 2024 einem zusätzlichen Wertzoll von 0,00002 %. Die Anwendung eines so niedrigen Zolls hätte keine Auswirkungen auf den Handel und würde unverhältnismäßig hohe Verwaltungskosten verursachen. Aus diesen Gründen sollte der zusätzliche Zollsatz (ab dem 1. Mai 2024) auf 0 % festgesetzt werden.

¹ Verordnung (EU) 2018/196 („Byrd-Verordnung“), mit der zusätzliche Zölle von 4,3 % auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika eingeführt werden (ABl. L 44 vom 16.2.2018, S. 1).

2. KONSULTATIONEN VOR ERLASS DES RECHTSAKTS

Gemäß Nummer 4 der Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über delegierte Rechtsakte wurden Konsultationen durchgeführt. Zusätzliche Konsultationen der interessierten Kreise oder der Interessenträger bzw. die Erarbeitung einer Folgenabschätzung sind nicht erforderlich.

3. RECHTLICHE ASPEKTE DES DELEGIERTEN RECHTSAKTS

Die Rechtsgrundlage dieser Delegierten Verordnung ist Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2018/196 über zusätzliche Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Nach Artikel 1 der Verordnung (EU) 2018/196 sind die Zollzugeständnisse und die damit verbundenen Verpflichtungen im Rahmen des GATT 1994 für die in Anhang I jener Verordnung aufgeführten Waren mit Ursprung in den USA auszusetzen. Artikel 3 Absatz 1 legt die Kriterien fest, nach denen die Kommission den Umfang der Aussetzung jedes Jahr an den Umfang der zu diesem Zeitpunkt durch das „Byrd Amendment“ zunichtegemachten oder geschmälernten Vorteile der EU anzupassen hat.

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom 22.2.2024

zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/196 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2018 über zusätzliche Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2018/196 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2018 über zusätzliche Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika², insbesondere auf Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Da es die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) versäumten, das Gesetz über Ausgleichszahlungen für anhaltende Dumping- und Subventionspraktiken (Continued Dumping and Subsidy Offset Act, im Folgenden „CDSOA“) mit ihren Verpflichtungen aus den Übereinkommen der Welthandelsorganisation (WTO) in Einklang zu bringen, wurde mit der Verordnung (EU) 2018/196 ein zusätzlicher Wertzoll von 4,3 % auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten eingeführt. Die Kommission muss im Einklang mit der WTO-Genehmigung, Zollzugeständnisse gegenüber den USA auszusetzen, den Umfang dieser Aussetzung jedes Jahr an den Umfang der zu diesem Zeitpunkt durch das CDSOA zunichtegemachten oder geschmäleren Vorteile der Union anpassen. 2023 wurde der Umfang der Aussetzung auf einen zusätzlichen Wertzoll von 0,164 % angepasst und die Verordnung (EU) 2018/196 wurde entsprechend geändert.³
- (2) Die jüngsten Daten über Auszahlungen nach dem CDSOA beziehen sich auf die Verteilung von Antidumping- und Ausgleichszöllen, die im Haushaltsjahr 2023 (1. Oktober 2022 bis 30. September 2023) erhoben wurden. Den von der Zoll- und Grenzschutzbehörde der USA veröffentlichten Daten zufolge belaufen sich die zunichtegemachten oder geschmäleren Vorteile der Union auf 34,98 USD.
- (3) Der Umfang der zunichtegemachten oder geschmäleren Vorteile und folglich auch der Umfang der Aussetzung hat beträchtlich abgenommen und ist vernachlässigbar. Der sich daraus ergebende zusätzliche Einfuhrzoll von 0,00002 % hätte keine Auswirkungen auf den Handel und würde zu unverhältnismäßigen Verwaltungskosten für die Union führen. Daher sollte der zusätzliche Einfuhrzoll auf 0 % festgesetzt werden.
- (4) Damit Verzögerungen bei der Anwendung der geänderten Höhe des zusätzlichen Einfuhrzolls vermieden werden, sollte diese Verordnung am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft treten.

² ABl. L 44 vom 16.2.2018, S. 1.

³ Delegierte Verordnung (EU) 2023/858 der Kommission vom 23. Februar 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/196 des Europäischen Parlaments und des Rates über zusätzliche Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. L 111 vom 26.4.2023, S. 15).

(5) Die Verordnung (EU) 2018/196 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 2 der Verordnung (EU) 2018/196 erhält folgende Fassung, wobei das Sternchen und der dazugehörige Text als Fußnote formatiert werden:

„Artikel 2

Ein Wertzoll von 0 % wird zusätzlich zu dem nach der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates* geltenden Zoll auf die Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten eingeführt, die in Anhang I der vorliegenden Verordnung aufgeführt sind.

*Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt ab dem 1. Mai 2024.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22.2.2024

*Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN*